

Es geht nicht nur um die Wurst...

*„Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn.
Zehn Prozent sicher,
und man kann es überall anwenden;
zwanzig Prozent es wird lebhaft;
fünzig Prozent,
positiv waghalsig,
für hundert Prozent stampft
es alle menschlichen Gesetze
unter seinen Fuß;
300 Prozent, und es existiert
kein Verbrechen,
das es nicht riskiert,
selbst auf die Gefahr des
Galgens.“*

Karl Marx, Das Kapital

BSE ein Wahnsinnsthema. Seit langem bekannt - wenig erforscht. Bauern und Metzger sind verzweifelt. Vielen Menschen ist der Appetit vergangen.

Jeden Tag ist das Thema in den Medien und es wird noch eine Weile so bleiben. In den letzten Jahren haben wir allerdings schon viel unappetitliches erlebt. Da wurde Wein mit Glycol

gemischt, wir kennen die Filme von Puten die nicht mehr laufen können, wissen schon lange vom Antibiotika in Käbern und Schweinen.

einfach umetikettiert damit der Profit stimmt. Marx hat also doch recht!

Nachdenklich werden scheint uns wichtig. Ich werde nie vergessen, dass man mir als Kind erzählte „in Amerika wurde Kaffee in Lokomotiven verfeuert um den Preis zu halten.“ Später sahen wir alle oft die Fernsehüberbilder von der „Überflüssbeseitigung“ von Obst, Gemüse und anderen Produkten. Und jetzt will man viele Hunderttausende Rinder „vom Markt nehmen“ damit sich der Preis stabilisiert. Mehr als 362 Mill. Mark Steuergeld soll diese Aktion kosten, die eine Grüne Ministerin vertritt.

Es geht heute nicht nur um die Wurst. Ein Gesellschaftssystem in dem Lebensmittel vernichtet werden während Millionen hungern ist selber krank. Ein Wirtschaftssystem bei dem erst der Profit kommt und dann der Mensch wird nicht auf Dauer bestehen können.

Rudi Hechler



Viele wurden aber jetzt doch nachdenklich als sie begriffen welche Folgen das Verfüttern von Kadavermehl hat.

Viele werden zornig, wenn sie hören, daß man Tiermehl, Wurst und Fleisch





Die Katze ist aus dem Sack



Monatelang gingen die Wogen hoch, wenn sich's um Riesters Rentenpläne drehte. Laufend kamen neue Vorschläge auf den Tisch und verschwanden anschließend sang- und klanglos in der Versenkung.

Kaum jemand war noch richtig in der Lage, das Hickhack zu durchschauen.

Aber jetzt steht fest: Die Rentner, sollen auf jeden Fall geschröpft werden. Nach 112 Jahren wurde die von Beschäftigten und Kapitaleseite gemeinsam finanzierte Rente im Bundestag zu den Akten gelegt.

Die Rentenkürzung wird Alt- und Neurentner treffen.

Künftig sollen alle Beschäftigten eine private Altersvorsorge treffen, die innerhalb acht Jahren schrittweise mindestens vier Prozent des Einkommens erreicht und durch staatliche Beihilfen gefördert werden soll. Besonders für Frauen wird diese geplante private Altersversorgung schwierig werden.

Die Unternehmer sind dabei von jeder Beteiligung ausgenommen. Der Grundsatz der paritätischen Rentenfinanzierung wurde erstmals durchbrochen. Die private Versicherungswirtschaft wittert lukrative Milliarden-Gewinne. Und das alles unter einem sozialdemokratischen Minister.

Aus die Maus

Das Umweltthema Kernkraft hat die Grünen einst in die Parlamente gebracht. Jetzt sind sie am Ruder. Aus die Maus. Parteichef Kuhn, Minister Trittin u.a. drängen die Partei von Protesten abzulassen. Der Parteirat, das höchste Gremium, forderte alle Orts- und Kreisverbände auf, keine Blockaden oder Demonstrationen zu unterstützen, die den „Atomkonsens“ gefährden könnten. Nun unterscheiden die Grünen zwischen „unsinnigen“ und „zwingend notwendigen“ Castor-Transporten. Ein Transport aus der französischen Wiederaufbereitungsanlage La Hague nach Gorleben, für den Monat März geplant, ist nach ihrer Aussage „völkerrechtlich und moralisch“ verpflichtend. Transporte von Neckarwestheim in das westfälische Ahaus dagegen seien unsinnig. Umweltminister Trittin erteilte den Transporten gar seinen Segen, indem er sie als „unbedenklich“ und „völlig sicher“ bezeichnete. Frau Merkel von der CDU wird sich freuen, hat sie die Grünen doch dazu aufgefordert, eine „Gewaltverzichtserklärung“ anlässlich der Castor-Transporte abzugeben. Die erste Absage an diese Gefälligkeitspolitik, die den Weiterbetrieb von Atomkraftwerken sichern soll, kam aus dem Münsterland. Die dortigen Mitglieder der Grünen-Partei wollen sich nicht vorschreiben lassen, gegen welche Transporte sie protestieren dürfen und wann sie das Maul halten sollen. Auch aus der Anti-AKW-Bewegung

weg bläst den Oberen der Partei der Wind ins Gesicht. Hartmut Liebermann, Pressesprecher der Bürgerinitiative „Kein Atom Müll in Ahaus“ erklärte: „Angesichts des rot-grünen 'Energiekonsens' dienen alle Castor-Transporte dem langfristigen Weiterbetrieb von Atomkraftwerken für die nächsten 20 Jahre. Dies kann die Umwelt- und Anti-Atomkraftbewegung wegen der damit verbundenen Risiken nicht akzeptieren.“

Auch ohne die Beteiligung der Grünen werden die Proteste gegen die Transporte, gegen die Energiepolitik der Bundesregierung, stattfinden. Es wird spannend anzusehen, wie sich die Basis der Bündnisgrünen verhalten wird, wenn die ersten Transporte rollen. Das Signal der Anti-AKW-Bewegung jedoch ist eindeutig: Wir brauchen euch nicht!

„Große“ und „kleine“ Politik gehören zusammen. Wenn „oben“ das Geld verpulvert wird, fehlt es „unten“ den Kommunen.

Wenn „oben“ die „Grünen“ vor der Atomlobby einknicken, kann man ihnen auch bei der Kommunalwahl einen Denkmittel geben.

Wenn „oben“ „Sozial“demokraten den „kleinen Leuten“ in die Taschen greifen, dann sollte man es auch bei einer Wahl „unten“ nicht vergessen.



Am 2. Februar war Bundeskanzler Schröder bei einer SPD-Veranstaltung in der Rüsselsheimer Walter-Köbel-Halle. Zahlreiche Flughafenausbaugesegner standen vor der Halle. Abgeschirmt von vielen Leibwächtern schlich sich Schröder durch einen Nebeneingang. Politiker auf allen Ebenen können sich langsam darauf einstellen, wenn sie kommen, kommen auch die Flughafen-Ausbau-Gegner.

Entspannt in die Katastrophe . . .

so könnte man die Haltung beinahe aller PolitikerInnen angesichts der Untersuchung der UN zur Erderwärmung bezeichnen. Dass die Industriestaaten hauptverantwortlich sind für Überschwemmungen und Dürren in der dritten Welt, leugnen nur noch WissenschaftlerInnen auf den Gehaltslisten von Lufthansa und Daimler-Chrysler. Alle, denen die Worte Umweltschutz und Nachhaltigkeit nicht nur wegen ihrer Werbewirksamkeit gefallen, dürften in Punkto Flughafenerweiterung und Flugverkehr nur fünf Worte einfallen: „Kein Ausbau - Reduzierung der Flugbewegungen.“

Schon heute trägt der Flugverkehr laut Europäischer Kommission europaweit mit über 11% (1998) zum Treibhauseffekt bei. Trotzdem soll er um 6% jährlich wachsen.

In Frankfurt bedeutete dies bereits im Jahr 2013 rund 1 Million Flugbewegungen, mehr als eine Verdoppelung gegenüber dem jetzigen unerträglichen Zustand. Was das für die Menschen hier bedeutet, konnte man vor wenigen Tagen bei einer Informationsveranstaltung erfahren. Nach Aussage der Ärzte vermehren und verstärken

Lärm und Abgase viele der „Alltagskrankheiten“ wie Grippe, Depressionen, Nervosität, Asthma und Kopfschmerzen, lebenslange und lebensgefährliche Krankheiten wie Allergien, Lungenkrankheiten, bösartige Tumore und Krebs stehen im direkten Zu-

sammenhang mit der steigenden Luftverschmutzung. Wie, fragen wir uns, sollen die BürgerInnen, für die es ein Leben und eine Umwelt zu verteidigen gilt, sich anders verhalten, als den Umwelterstörern und Ignoranten den Kampf anzusagen?

ANZEIGE

FORUM ZUR BÜRGERMEISTERWAHL

Der Verkehr läuft verkehrt

mit Experten für Verkehrsplanung,
Stadtgestaltung, Fahrrad- und Autoverkehr

Donnerstag, 15. Februar 2001

20 Uhr

»Goldener Apfel«, Vereinsraum

Es lädt ein:

Gerald Breidert, Rechtsanwalt
unabhängiger Bürgermeisterkandidat



Stadtmarketing und andere Sprüche

Wann geht Mörfelden-Walldorf an die Börse? Blöde Frage? Abwarten. Die zunehmende Privatisierung aller Lebensbereiche schreitet zügig voran. „Der Bürger ist out, der Kunde ist in“. . . solche Sprüche hört man heute überall. Auch in Verwaltungen redet man von „Controlling“ und „Benchmarking“. Die Vision vieler Verwaltungsreformer: Das Rathaus wird Konzernzentrale. Nun will keiner bestreiten, daß auch die Kommunalverwaltungen modernisiert werden müssen. Den staatlichen politischen Souverän, die Bürgerschaft, in eine diffuse Masse von Kunden zu verwandeln, wird aber dem Ziel einer Stärkung von bürgerschaftlicher kommunaler Selbstverwaltung nicht gerecht. Wir brauchen keine „outputorientierte Steuerung“ sondern mehr Geld für die Kommunen und mehr unmittelbare Demokratie.

Begriffe, wie sie in den Konzernetagen der privaten Unternehmen propagiert werden sollen auf die öffentliche kommunale Verwaltung übertragen werden. Marketing-Studien sollen's richten und „Lean management“ die Kommunen vor dem finanziellen Ruin retten. Der ganze Hokus-Pokus wird dem staunenden Publikum verkauft mit einem Wortschwall, der jeden Super-Hightech-Pfannenverkäufer im Kaufhof blaß werden ließe. Wer den Herrn Professor Prof. Dr. rer. pol. Jürgen Hesse in der Walldorfer Stadthalle erleben konnte, weiß von was die Rede ist. Dabei geht es gar nicht darum die Ergebnisse der Stadtmarketing-Studie in Frage zu stellen, von der Bürgermeister Brehl meinte, sie sei doch so preiswert geraten. Man kann aber schon mal fragen, brauchen wir denn dauernd solche Studien?

Wir kennen unsere Arbeitslosenzahlen, und im wesentlichen die Einkommensverhältnisse, wir wissen wie sich die Kaufkraft entwickelt. Man braucht keine Studie um zu wissen wie Stadtidentität entsteht. Dazu gehören das Kennenlernen der Geschichte, Heimatgefühl, Heimatmuseen. Zum Wohlfühlen, neudeutsch heißt es schein-

bar „wellness“, gehören gute Bedingungen für Vereine, Kulturzentren und ein Jugendcafé. Wichtig wird zunehmend, das man in der Stadt ohne Automobil mobil sein kann - also beste Bedingungen für Radfahrer. Natürlich müssen sich die örtlichen Geschäfte und die Politik anstrengen, damit die Innenstädte von Mörfelden und Walldorf nicht veröden. Und natürlich muß man nach vorne denken. Wie kann die Stadt in 10 Jahren aussehen - positive und negative Erwar-

Die Sache mit der Customization

Vermutlich war es so: Als die Forderungen nach Großmärkten in unserer Gemarkung anwuchsen, kam der Bürgermeister auf die Idee eine Studie zu bestellen. Im Haushalt wurden dann mal eben 150.000 Mark eingestellt. Die Herangehensweise ist nicht sonderlich originell, solche Studien, von irgendwelchen Instituten angefertigt, gibt es mittlerweile eine ganze Menge. Ob sie immer sonderlich hilfreich sind, ist eine andere Frage. Meist verschwinden sie und werden wieder vergessen.

Das „Institut für Stadtmarketing“ legte jetzt seine Arbeit auf den Tisch. 53.000 Mark soll sie gekostet haben.

Wer das Heft begreifen will, holt sich am besten das neueste Fremdwörterbuch und legt es daneben.

Übertrieben ist das nicht, auch Stadtverordnete und der Bürgermeister selbst wissen natürlich nicht gleich was „corporate culture“, „corporate behavior“, „corporate communication“, „corporate design“, „corporate culture“ ist. Auch „polyzentral“, „business to consumer“, „down-sizing“, „Customization“, „physical facilities“, „trading up“, „unique selling proposition“, „event-Attribut“, „Food/Non-Food“ und „spill-over-effects“ sind nicht gleich zu begreifen.

Bei der Vorstellung der Studie durch den Herrn Prof. Dr. rer. pol. Jürgen Hesse kamen dann noch ein paar Schmankerl dazu, z.B. „Einzelhandelsagglomerationen“, „break-even-points“, „return-of-investments“, „Moment of Truth“, die „Einzelhandelsaggregat“ und die „Probantengruppen“. Als Rudi Hechler, in der Walldorfer Stadthalle auf die „teure Fremdwörterammlung“ hinwies, meinte der amtierende Bürgermeister, unter begeisterndem Beifall der anwesenden CDU-Leute, sagen zu müssen: „Wir haben eine wissenschaftliche Arbeit bestellt und keinen Blickpunkt“.

Wo er recht hat, hat er recht. Den „Blickpunkt“ kann zwar bestellen aber nicht kaufen.



tungen. Also vor allem auch ökologische Fragen und die Flughafenproblematik. Wenn die FAG weiter so wachsen kann wie sie will, dann wird die Lebensqualität in der Stadt in den nächsten zwanzig Jahren in jedem Fall in den Keller gehen. Das hat der Autor der Stadtmarketing-Studie offenbar nicht geschmalt - wie würde er sonst als „Stadtidentität“ vorschlagen: „Mörfelden-Walldorf - die Doppelstadt am Flughafen.“

Am 18. März gibt es ein neues Wahlsystem.

Gut, daß man auch wählen kann wie früher, einfach eine Parteiliste ankreuzen.

Wir meinen natürlich, am besten die DKP/OL. Aber sie wollen vielleicht lieber die Grünen oder die SPD?

Na dann können Sie Sie sich doch unsere Liste mal ansehen und vielleicht doch ein paar Kreuze bei unseren Leuten . . . ?

Junge Leute mit Pep initiieren PEP

Gelückt und gekonnt entwickelten und präsentierten Schülerinnen und Schüler der Bertha-von-Suttner-Schule ihre Initiative für PEP (Photovoltaik-Energie-Projekt).

Vor dem Hintergrund der dramatischen Klimaveränderung auf unserem Erdball, der katastrophalen Folgen für alle Menschen, ist das Schulprojekt ein wichtiger Beitrag zum Umdenken.

Auf der Gesamtschule soll eine Photovoltaikanlage von 25 kW Leistung installiert werden, die ca. 300.000 DM kostet. Das Geld soll zur Hälfte durch den Schulträger und die andere Hälfte durch Spenden (Sponsoring) entweder von Firmen oder/und Privatpersonen zusammen kommen. Die Stadt wird sich mit 10.000 DM an dem Projekt beteiligen.

Bedingung ist hierbei, dass die Erlöse aus dem Stromverkauf auch der Schule zugute kommen (den Nimbus „Solarstadt“ muss man sich schon etwas kosten lassen.) Die 25-kW-Anlage wird ca. 22.000 kW Strom im Jahr produzieren.

Mit der Vergütung von 99 Pf/kWh kann man zwar „keine glänzenden Gewinne“ erzielen, aber finanzielle Einbußen sind auch nicht zu erwarten. Wer als Privat- oder Geschäftsmann nicht mehr nur schöne Reden über Klima, Umwelt oder alternative Energien halten will, sollte sich durch das Beispiel der Schüler animieren lassen. R. D.



Drei Tage rauchten die Köpfe. Die DKP/OL-Fraktion war im IG-Medien-Heim in Springen und beriet den Haushaltsplan 2001.

Der Haushaltsplan hat über 600 Seiten. Trotzdem blieb Zeit zur Gitarre des Fraktionsvorsitzenden ein paar Lieder zu singen.



Die Geschwister Reiß wohnten in der Walldorfer Langstraße und waren die letzten Juden im Dorf Walldorf. Sie lebten von der Landwirtschaft und einer kleinen Metzgerei. Sarah und Max Reiß, den die Walldorfer „Jurmax“ nannten, wurden im Konzentrationslager Theresienstadt ermordet. Auf Initiative der DKP gibt es im Walldorfer Süden heute ein Straßenschild das an die Familie Reiß erinnert.

Na endlich!

Die Entwicklung des Mörfelder Altstadt-kerns ist schon ein Dauerbrenner. Wie viele Anfragen und Anträge an Magistrat, Verwaltung und Stadtverordnetenversammlung haben wir gestellt; haben Ablehnung, Ignorierung, Hinhalten erfahren. 1994 forderten wir einen Bebauungsplan für besagtes Areal, trotz Altstadtwerkstatt hat sich bis heute nichts getan, außer dass weitere Pläne, Analysen, Empfehlungen in Brehls großer Schublade landeten. Ob es mit der Wahl zusammen hängt - man kann's vermuten: Plötzlich bringt der Verwaltungschef die Bebauung des städt. Grundstücks Wolfsgartenstr./Friedrichstr. in den Geschäftsgang. Investoren sollen gesucht werden, damit dort ein Wohn-/Büro-/Geschäftshaus mit Parkmöglichkeit entsteht. Wichtig wäre natürlich, dass ein Bebauungsplan aufgestellt wird. Das brächte einerseits Planungssicherheit und Perspektive für die Anwohner und andererseits blieben einzelne Initiativen kein Stückwerk. rd

**Willkommen auf den Web-Seiten der DKP Mörfelden-Walldorf
www.dkp-mw.de**

Hier erfährt einiges über unsere Publikationen, kann Geschichte nachlesen. Seit über dreißig Jahren erscheint monatlich der „blickpunkt“, den alle Bürgerinnen und Bürger kennen. Sehen Sie sich die Zeitung an. Gestern und heute waren wir aktiv gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens, man kann es nachlesen.

Wir haben zahlreiche Bücher und Broschüren über die jüngste Geschichte unserer Stadt veröffentlicht, es gibt Ausarbeitungen über den heimatischen Dialekt. Besuchen Sie diese Seiten.

LESERBRIEF

Was wäre wenn . . .

. . . wenn ein Fußballclub kein Spielfeld hätte, ein Schwimmclub kein Schwimmbecken oder ein Tennisclub keinen Tennisplatz?

Kaum vorstellbar aber sowas gibt es. Wir haben in Mörfelden-Walldorf einen gut aufgebauten und funktionierenden Modellflugclub, den „MFC Rhein-Main“ Mörfelden-Walldorf.

Heim und Werkstatt sind in einem städtischen Gebäude am Alten Gerauer Weg, aber ein Fluggelände? (siehe oben, was wäre wenn . . .)

Es wird von den zuständigen Gremien so gern das Wort Sportförderung gebraucht, nur wir merken nichts davon (funkferngesteuerter Modellflug ist ein anerkannter Leistungssport).

Obwohl seitens unseres Vorstandes schon oft an die zuständigen Herren der Stadtverwaltung, betr. eines neuen Fluggeländes (ca. 1 ha) herangetreten wurde - auf unserem ehemaligen Gelände steht heute die Societäts-Druckerei - hat sich bis heute nichts getan.

Hauptleidtragende dieser ganzen Misere ist unsere Jugendgruppe. Was nützt diesen Jungens ihr schönstes Modell, wenn sie dieses nicht fliegen lassen können.

Was bleibt hier die so oft und gern propagierte Jugendförderung? Aber, wie oben angeführt, was wäre wenn . . . gibt es in Mörfelden-Walldorf.

Robert Janz, Weingartenstr. 38

PS. Es ist allgemein bekannt, daß jeder Sportverein nur durch gute Jugendarbeit am Leben erhalten werden kann. „Hoch lebe die Sport- und Jugendförderung!“

Kandidatinnen und Kandidaten der DKP/Offene Liste für die Kommunalwahl 2001

Zwanzig Kandidatinnen und Kandidaten hat die DKP / Offene Liste für die Wahl am 18. März aufgestellt. Auf den ersten vier Plätzen stehen:



Gerd Schulmeyer
49 Jahre, Lagerist
DKP



Helga Fritz
37 Jahre
Betriebswirtin, DKP



Angela Kolbe
21 Jahre
Studentin, parteilos



Björn Doland
21 Jahre
Zweiradmechaniker, PDS

Hagen Helbig, 40, BMSR-Techniker, PDS
Dr. Ute Hechler, 37, Tierärztin, parteilos
Rudolf Dötsch, 60, Maschinensetzer, DKP
Wolfgang Ebenhöf, 49, Lehrer, PDS
Erna Hechler-Schulmeyer, 43, Dipl.Sozialarbeiterin, DKP
Sebastiano Rapisarda, 56, Schulhausverw., PDS/Ital.
Rudi Hechler, 66, Schriftsetzer, DKP
Thorsten Müller, 23, Verkäufer, DKP

Heinz Hechler, 72, Rentner, DKP
Karl Fahrbach, 73, Rentner, DKP
Ludwig Hechler, 45, Dipl.Ing., DKP
Barbara Köhler, 35, Übersetzerin, parteilos
Käthe Hechler, 63, Hausfrau, DKP
Rainer Haag, 57, Maurer, DKP
Willi Hechler, 66, Rentner, DKP
Klaus Schulmeyer, 45, Sozialarbeiter, parteilos

Resolution des Schulleiternbeirates der Bgm.-Klingler-Schule

Nach dem Kreistagsbeschluss vom Juni 2000, die vom Kreis Groß-Gerau getragenen Betreuungsangebote an Grundschulen zum 31.7.2001 einzustellen, ist ungewiss, ob und unter welchen Bedingungen die bestehende Betreuung an unserer Schule weiter geführt werden.

Der Schulleiternbeirat hat dazu folgende Forderungen:

- Betreuung durch qualifiziertes Fachpersonal mit festen Arbeitsverträgen (Unbefristete BAT-Verträge, gesichertes Gehalt beim Wechsel des Trägers)

- Feste Bezugspersonen für die Kinder
- Gruppenstärken von maximal 20-25 Kindern
- Mindestbetreuungs- und Kooperationszeiten von 7.30-13.30 Uhr
- Anerkennung von kinderfreien Zeiten als Arbeitszeit zur Vor- und Nachbereitung und Koordination
- Vertretungsreserve für die Betreuung im Schulverbund
- Kooperation zwischen Betreuung und Lehrkräften (u.a. Teilnahme an Konferenzen)

Die aktuelle Situation an der Bürgermeister-Klingler-Schule im Betreuungsbereich sieht folgendermaßen aus: Es gibt keine festen Öffnungszeiten, so dass berufstätige oder alleinerziehende Eltern absolut auf das Betreuungsangebot angewiesen sind. Zurzeit gibt es 75

Betreuungsplätze. Die Kinder werden in 3 Gruppen von insgesamt 4 Betreuerinnen, welche sich 3 Stellen teilen, betreut. Feste Betreuungszeiten bestehen Montag bis Freitag von 7.30-13.30 Uhr.

Wir fordern hiermit die politisch Verantwortlichen auf, noch vor der Kommunalwahl im März 2001, eine verbindliche Entscheidung über die Fortführung der Betreuungsangebote zu treffen, die berufliche Zukunft der im Betreuungsbereich Beschäftigten zu sichern und unsozialen Beschäftigungsverhältnissen in Form von 630-Mark-Jobs oder stundenweisen Honorarverträgen eine Absage zu erteilen.

Der Kreis muß sich seiner Verantwortung für die Zukunft, der von ihm getragenen Einrichtung stellen!



Schnüffler in Walldorf unterwegs

Sind Sie auch gegen den Flughafenusbau?

Wenn ja, dann müssen sie in Zukunft wohl damit rechnen, dass Damen und Herren vom Verfassungsschutz mit Ihnen sprechen wollen.



So passiert am Donnerstag, den 1.2.2001 in Walldorf. Einen Tag zuvor sprach mich am Bahnhof ein Mann an, fragte, ob ich interessiert sei an einer Umfrage „zur Akzeptanz des Flughafenusbaus“ teilzunehmen. Ich sagte zu.

Wir verabredeten uns für den nächsten Tag um 10 Uhr am Bahnhof in Walldorf. Pünktlich um 10 war er dann auch da, in Begleitung einer Frau. Er lud mich in ein Cafe gegenüber der Post ein. Auf die Frage in welchem Namen er die Umfrage durchführe, nannte er mir seinen Auftraggeber, die hessische Landesregierung.

Die wolle wissen, wie die Menschen in der Region zum Flughafenusbau stehen. Mich habe er zufällig ausgewählt. Ich sage ihm meine Meinung, sage, dass ein Ausbau die Gesundheit der Menschen in der Region verschlechtern würde, dass ein Ausbau angesichts der drohenden Klimakatastrophe ein weiterer fataler Schritt wäre. Dann versucht er immer wieder ganz plump, das Gespräch in die Richtung „Gewalt“ zu lenken und fragt, „was man den machen sollte“. Ich gehe darauf nicht ein und sage, das alle Schritte, Bürgerinitiative, Demonstrationen, juristische Mittel und dass Engagement der KommunalpolitikerInnen wichtig seien, dass man sich nicht nur auf ein Mittel verlassen sollte. Eine gute halbe Stunde ist um, ich muss gehen. Er sagt, er wolle mir noch Fragen stellen und fragt, ob wir

uns nicht noch mal treffen könnten. Ich mache ihm klar, dass ich meine Zeit nicht mit Plaudereien über den Flughafenusbau mit VertreterInnen der Landesregierung verschwenden wolle. Der Aufwand den die Landesregierung treibt um die Meinung der betroffenen BürgerInnen zu erfahren scheint mir unverhältnismäßig hoch, geschweige denn glaube ich, dass die Landesregierung das wirklich interessiert.

Auf die Frage was er denn jetzt noch von mir wolle beginnt er langsam mit der Sprache rauszurücken. Er sagt überall werde über den Flughafenusbau berichtet, zum Beispiel hier, und zieht dabei den „blickpunkt“ aus der Tasche. Er fragt: „Kennen sie diese Zeitung“. Ich sage: „Ja, ich erinnere mich, die habe ich schon mal gesehen.“ Dann blättert er ein bisschen darin um und sagt plötzlich „hier, da steht ihr Name“. War mir gar nicht aufgefallen. Er fragt ob ich den für denn „blickpunkt“ schreibe, weil ich „journalistisches Interesse habe“ oder wegen der „Ideologie“. „Wie viele junge Leute sind denn bei der DKP“, „wieso sieht's bei der Bürgerinitiative aus“, „die DKP hat doch Probleme mit der Verfassung?“. Seine Assistentin, bis dahin still, meldet sich nun zu Wort. „Wieso engagieren sie sich im Umfeld der DKP“ und „wieso machen sie bei der Bürgerinitiative mit?“. Die letzten Fragen beantworte ich gerne, weil ich Krieg, Hunger, Umweltzerstörung und Elend nicht schön finde. Der Rest geht die Landesregierung null Komma, null an. Ich frage schließlich ob sie vom Verfassungsschutz seien. „Ja, wir sind vom

Verfassungsschutz“ seine Antwort. „Danke schön für den Milchkafee und auf wiedersehen“ meine Reaktion.

Der Fall zeigt deutlich: Menschen die gegen den Flughafenusbau aktiv sind, werden von der Landesregierung bewusst wie Kriminelle behandelt und sollen als potentielle „Gewalttäter“ dargestellt werden. Das wird nicht gelingen.

Wer gegen den Flughafenusbau ist, wer sich im Umfeld von anscheinend „missliebigen Parteien“ bewegt, wer eine andere als die herrschende Meinung vertritt, der gerät ins Visier des Verfassungsschutzes. Dieser handelt im Interesse der Auszubefürworter, im Interesse derer, denen der Ausbau nützt, im Interesse der FAG, der Banken und Konzerne.

Unglaublich der Aufwand, unglaublich der Eingriff in die Privatsphäre, unglaublich das Maß an Kontrolle und



Überwachung über einzelne Personen. Wüssten Sie zum Beispiel, wann ich Mittwochs mit dem Zug nach Frankfurt fahre, bzw. würden sie mich, wenn sie mich nicht kennen würden, erkennen?

Bestimmt nicht. Ich fahre übrigens Mittwochs zu unterschiedlichen Zeit-

Redaktion Doppeldenk, Kontakte über: Angela Kolbe, Heinerweg 14; Florian Bernhard, Ederstr. 8; Martin Wilker, Isarstr. 33, Mörfelden-Walldorf (doppeldenk@gmx.de) oder die „blickpunkt“-Redaktion

Stadtgeschichten



Es war anscheinend eine willkommene Ruhepause für die Mörfelder Arbeiter, als einer mit dem Fotoapparat auftauchte. Sie führten gerade anstrengende Planierungsarbeiten während des Sportplatzbaues des „Turnvereins 1880“ an der Wemertanne im Frühjahr 1932 durch. Wie zu erfahren war, handelte es sich um sogenannte Notstandsarbeiten der Gemeinde, in Verbindung mit dem Arbeitsamt, für Erwerbslose und ausgesteuerte Langzeitarbeitslose. Wie sich Ludwig Hormel, einer der auf dem Wagen stehenden noch erinnert, betrug der Tageslohn damals zwei Mark. Die Zahl der Arbeitslosen überstieg die sechs Millionengrenze. Eine hierdurch nicht unwesentlich beeinflusste Rechtsentwicklung, gefördert vom Kapital der Großindustrie und der Banken, steuerte in Deutschland ihrem Höhepunkt zu, sodaß am 30. Januar 1933 Hitlers NSDAP an die Macht kam. Im Mai 1933 wurde der Sportplatz eingeweiht. Die Nutzung sollte jedoch nicht lange dauern. Durch Verbot der „Freien Turner“ und Gleichschaltung der übrigen Vereine aber auch durch die immer straffere Unterordnung des Vereinslebens unter die Richtlinien des NS-Staates, kam der Sportbetrieb zum Erliegen.

Die Namen der auf den vollgeladenen Transportoren Sitzenden sind in der vorderen Reihe von links: Ludwig Schmitt, Ludwig Rieß, Heinrich Kemmler, Heinrich Scherer, Jakob Schneiker, Hans Schulmeyer, Georg Cron, Fritz Scherer, Lorenz Siegel, Georg Döbel, Ludwig Herzberger, Karl Gemandt, Jakob Herzberger, Polier Knodt, Georg Schulmeyer (Lisserts Georg). Obere Reihe v. l.: Ludwig Hormel, Ernst Jourdan, Fritz Acker, Jakob Gemandt.



Unser Lexikon

Schbrisch

„Isch werm
eisch helfe -
in de Kersch
Ferz losse
un kaa
Steiern bezahle“